

# Die Union – Anwalt der Steuerzahler!

Als die Brandt-Regierung Ende 1969 das „Zeitalter der Reformen“ einläutete, hieß die Parole „mehr Staat“. Staatliche Regelungen sollten unter dem Deckmantel angeblicher sozialer Gerechtigkeit in vielen Lebensbereichen das Recht des Bürgers ersetzen, über seine Angelegenheiten in eigener Verantwortung frei zu entscheiden. Die Wirtschaft sollte nach planwirtschaftlicher Methode mal in diese mal in jene Richtung gesteuert werden. Alles erschien machbar und regelbar. Besonders die SPD forderte deshalb einen größeren finanziellen Handlungsspielraum für die Staatsgewalt durch eine Verbreiterung des sogenannten „öffentlichen Korridors“. Das heißt, die Staatsausgaben als Mittel zur Umverteilung und Verwirklichung sozialistischer Glückseligkeit sollten steigen. Die Steuerpolitik hatte dieser Umverteilungsideologie zu dienen und dem Staat die Mittel für seine höheren Ausgaben zu beschaffen. Damit war in der Linkskoalition eine Politik ständiger Steuererhöhungen von bisher nie gekannten Ausmaßen vorprogrammiert.

## Steuererhöhungen am laufenden Band

Besonders die folgenden Steuererhöhungen und Streichungen von Steuervergünstigungen gehen auf das Konto der Regierungen Brandt/Scheel und Schmidt/Genscher:

- 1972 und 1973 zweimalige Erhöhung der Mineralölsteuer um zusammen 9 Pfennig je Liter Treibstoff.
- 1972 Erhöhung der Branntweinsteuer um 25 v. H.
- 1972 Erhöhung der Tabaksteuer pro Zigarette von 5,4 auf 6,9 Pfennig.
- Vom 1. Juli 1973 bis 30. Juni 1974 Erhebung einer sogenannten Stabilitätsabgabe von 10 v. H. der Einkommensteuer, Lohnsteuer und Körperschaftsteuer.
- Vom 9. Mai 1973 bis 30. Dezember 1973 Aussetzung der wohnungsbaufördernden Sonderabschreibung nach § 7 b des Einkommensteuergesetzes.
- Vom 9. Mai 1973 bis 30. November 1973 Erhebung einer Investitionssteuer in Höhe von grundsätzlich 11 v. H. für Anlageinvestitionen.
- Ab 1. Januar 1974 Beseitigung des steuermindernden Sonderausgabenabzugs für private Schuldzinsen.



- Ab 1. Januar 1975 Erhöhung der investitionshemmenden und substanzverzehrenden Vermögensteuer entgegen den eindringlichen Warnungen der Union. Klassenkampffideologie war stärker als die wirtschaftliche Vernunft.
- Ab 1977 weitere Erhöhung der Tabaksteuer um 18 v. H. sowie der Branntweinsteuer um 20 v. H.
- **Zweimalige Erhöhung der Mehrwertsteuer:** Ab 1. Januar 1978 von 11 v. H. auf 12 v. H. (bei ermäßigter Besteuerung von 5,5 auf 6 v. H.) und ab 1. Juli 1979 von 12 v. H. auf 13 v. H. (bei ermäßigter Besteuerung von 6 v. H. auf 6,5 v. H.).

Arbeitnehmer, Selbständige und Betriebe werden durch diese Steuererhöhungen jährlich mit über 20 Mrd. DM belastet.

### **Heimliche Steuererhöhungen erzeugen zusätzlichen Steuerdruck**

Zu den direkten Steuererhöhungen kam ein starker Belastungsdruck durch die inflationsbedingten heimlichen Steuererhöhungen. Die Aufblähung der Staatsaufgaben, konjunkturelle Überhitzungen und immer neue Kostenbelastungen für die investierende Wirtschaft ließen die Inflationsraten rapide hochschnellen. Die Geldentwertung betrug bei den privaten Haushalten

1970 — + 3,4 v. H.  
1971 — + 5,3 v. H.  
1972 — + 5,5 v. H.  
1973 — + 6,9 v. H.  
1974 — + 7,0 v. H.  
1975 — + 6,0 v. H.

Nach einer Abschwächung in den Folgejahren stieg der Preisindex 1979 wieder auf 4,1 v. H. Er wird 1980 voraussichtlich zwischen 5,5 v. H. und 6 v. H. liegen.

Der Lohn- und Gehaltsausgleich für den Kaufkraftverlust ist in vollem Umfang lohnsteuer- und sozialabgabenpflichtig. Das Lohnsteueraufkommen schoß dadurch explosionsartig in die Höhe (1970 = 35,1 Mrd. DM, 1980 = 110 Mrd. DM, also um 214 v. H.). Im Vergleich dazu stieg die Bruttolohn- und Gehaltssumme im gleichen Zeitraum von 306 Mrd. DM auf 706 Mrd. DM, also nur um 131 v. H. Auch alle anderen Steuern, die vom Einkommen oder Preis abhängen (z. B. Einkommensteuer, Gewerbebetriebssteuer, Umsatzsteuer) fließen mit der Geldentwertung stärker als sonst. Der Staat ist somit Nutznießer der Inflation. Er nimmt mühelos mehr Steuern ein als ihm eigentlich zustehen.

**Dieser Steuerdruck spiegelt sich wider in einer rasanten Zunahme des Staatsanteils, das heißt, der Summe aller staatlichen Geldausgaben im Verhältnis zum Bruttosozialprodukt. Der Staatsanteil betrug 1970 38 v. H., er liegt seit 1975 zwischen 46 und 47 v. H. Mit anderen Worten: Fast jede zweite Mark, die von Arbeitnehmern, Betrieben und Selbständigen erarbeitet wird, fließt durch eine öffentliche Kasse und ist damit der freien Verfügung der Bürger entzogen.**



## Union kämpft für Steuerentlastungen

Die Union hat diese verhängnisvolle Entwicklung schon frühzeitig erkannt und entsprechende parlamentarische Initiativen ergriffen, die unter folgenden Leitgedanken standen:

Zu hohe Steuern sind

- leistungs- und aufstiegsfeindlich, weil sie Leistung bestrafen und den Aufstiegswillen hemmen;
- investitionsfeindlich, weil sie Investitionen erschweren oder unmöglich machen;
- arbeitsplatzfeindlich, weil ohne ausreichende Investitionen Arbeitsplätze durch Schrumpfung oder Schließung von Betrieben verlorengehen;
- unsozial und familienfeindlich, weil besonders ältere Arbeitnehmer und Familienväter die Leidtragenden sind.

**Beim Abbau der Steuerlast muß jeder Steuerzahler den seiner eigenen Steuerleistung entsprechenden Anteil zurückerhalten, also der eine mehr, der andere weniger. Das gebietet der Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit.**

Die Steuerentlastungsbilanz der Union kann sich sehen lassen:

### Inflationsentlastungsgesetz

Die Union legte in der zweiten Jahreshälfte 1973 ein Inflationsentlastungsgesetz vor, um die heimlichen Steuererhöhungen bei der Lohn- und Einkommensteuer abzubauen. Unter dem Druck dieser Initiative wird die Linkskoalition gezwungen, ihre immer wieder verschobene „Steuerreform“ um 1 Jahr, auf den 1. Januar 1975, vorzuziehen.

### Steuerreform

Die „Steuerreform“ hat die Union entscheidend mitgeprägt. Sie hat Verbesserungen erreicht und Gleichmacherei im Steuerrecht verhindert. Als Erfolg kann die Union insbesondere für sich verbuchen:

- Millionen Steuerzahlern wurde ab 1975 eine Teilentlastung von den heimlichen Steuererhöhungen gewährt.
- Die Vorsorgeaufwendungen (Sozialabgaben, Versicherungsbeiträge und Bausparbeiträge) und der Arbeitnehmerfreibetrag können weiterhin vom Einkommen abgesetzt werden und mildern somit die Steuerprogression. Der Versuch von SPD und FDP, hierfür nur einen einheitlichen Steuerabzug von 22 v. H. zuzulassen, wurde als Gleichmacherei vereitelt.
- Für Eltern mit Kindern wurden Ausbildungsfreibeträge eingeführt.
- Bestehende Freibeträge wurden angepaßt und erhöht.



- Eine echte Reform des Einkommensteuer- und Lohnsteuertarifs wurde dem Gesetzgeber als vordringliches Ziel aufgegeben.

**Trotzdem verdient die „Steuerreform“ diesen Namen nicht. Zu vieles war Flickwerk geblieben. Eindeutige Fehlleistungen, die aber von der Union ohne Gefährdung der Steuerentlastungen nicht verhindert werden konnte, waren die stiefmütterliche Benachteiligung der Alleinstehenden mit Kindern und die investitionsfeindliche Erhöhung der Vermögensteuer.**

### Steuerpaket 1978

Die in der Regierungserklärung vom 16. Dezember 1976 angekündigten Steuerreparaturen wurden durch den nachhaltigen Druck der Union ausgelöst. Statt den Bürgern die heimlichen Steuererhöhungen ohne Ausgleich zurückzugeben, wollte die Regierung die Steuererleichterungen durch eine Anhebung der Mehrwertsteuer um 2 Punkte (von 11 v. H. auf 13 v. H. bzw. von 5,5 v. H. auf 6,5 v. H.) ab 1. Januar 1978 finanzieren. Die „rechte“ Hand sollte geben, die „linke“ wieder nehmen. Die Union legte deshalb Mitte 1977 ein „Steuerentlastungsgesetz 1978“ vor und forderte darin den Abbau heimlicher Steuererhöhungen ohne gleichzeitige Mehrwertsteuererhöhung. Sie konnte schließlich — im Rahmen des „Steueränderungsgesetzes 1977“ vom 16. August 1977 — erreichen, daß die Mehrwertsteuer zum 1. Januar 1978 nur um einen Punkt (von 11 v. H. auf 12 v. H. bzw. von 5,5 v. H. auf 6 v. H.) angehoben wurde.

Weitere Pluspunkte für die Union:

- Es wurde ein Unterhaltsfreibetrag von 600 DM je Kind für unterhaltszahlende Elternteile eingeführt.
- Die Erhöhung der Vermögensteuer ab 1975 wurde durch die Senkung des Vermögensteuersatzes von 0,7 v. H. auf 0,5 v. H. für natürliche Personen und von 1 v. H. auf 0,7 v. H. für juristische Personen wieder rückgängig gemacht.
- Die Freibeträge bei der Gewerbesteuer und der Lohnsummensteuer wurden erhöht.

Kurz darauf setzte die Union im Rahmen des „Gesetzes zur Steuerentlastung und Investitionsförderung“ vom 4. November 1977 einen progressionsmindernden Tariffreibetrag von 510/1 020 DM durch. Insgesamt erreichte die Union bei diesem Gesetz eine zusätzliche Entlastung der Steuerzahler in Höhe von 3,6 Mrd. DM ab 1978.

### Steuerpaket 1979

Die Union ließ aber auch 1978 nicht locker, nachdem der Steuerdruck mit den Lohnerhöhungen wieder stärker geworden war. Für viele Arbeitnehmer hatte sich die Steuerprogression verschärft. Etwa 1 Mio. Arbeitnehmer waren zusätzlich in die Steuerprogression hineingewachsen und bekamen den Progressionssprung von 22 v. H. auf 30,8 v. H. zu spüren.



**Die investitionsfeindliche Gewerbekapitalsteuer und die arbeitsplatzfeindliche Lohnsummensteuer hemmten weiterhin die Fähigkeit und den Willen der Betriebe zu neuen wirtschaftlichen Aktivitäten.**

Beim „Steueränderungsgesetz 1979“ vom 30. November 1978 konnte die Union — wieder dank ihrer Bundesratsmehrheit — grundlegende Verbesserungen im Sinne ihrer Vorstellungen durchsetzen:

- Der Einkommen- und Lohnsteuertarif wurde durch die Erhöhung des tariflichen Grundfreibetrags (Existenzminimum) und durch Beseitigung des leistungs- und aufstiegsfeindlichen Tarifsprungs von 22 auf 30,8 Prozent bei Übergang in die Progressionszone mit Wirkung ab 1. Januar 1979 verbessert.
- Entsprechend einer jahrelangen Forderung der Union wurde die arbeitsplatzfeindliche Lohnsummensteuer mit Wirkung ab 1980 beseitigt. Zusätzlich wurden auch die Freibeträge bei der Gewerbeertragsteuer und der Gewerbekapitalsteuer erhöht. Für die ihnen hierdurch entstehenden Steuerausfälle erhielten die Gemeinden einen Ausgleich durch einen höheren Anteil an der Einkommen- und Lohnsteuer (15 statt 14 Prozent) und durch Senkung der an Bund und Länder abzuführenden Gewerbesteuerumlage um ein Drittel.
- Ab 1980 können Kinderbetreuungskosten (Aufwendungen für Dienstleistungen zur Beaufsichtigung oder Betreuung von Kindern bis 18 Jahre) bis zur Höhe von 600 DM, bei Eheleuten bis 1 200 DM, steuermindernd abgezogen werden. Dieser Kinderbetreuungsbetrag ist zwar eine steuerliche „Mißgeburt“, weil er den Eltern unzumutbare Nachweispflichten auferlegt. Aber die Union hat ihm dennoch zugestimmt, um ihrem Ziel — Wiedereinführung der steuerlichen Kinderfreibeträge — einen Schritt näher zu kommen. Im Rahmen des Steuerpakets 1981 konnte dieser Erfolg ausgebaut werden.

## **Steuerpaket 1981**

Trotz dieser Entlastungen stiegen auch 1979 die heimlichen Steuererhöhungen unheimlich weiter. Es war vorauszusehen, daß sie bis 1981 auf etwa 20 Mrd. DM anwachsen würden. Die Union beantragte deshalb über den Bundesrat im Herbst 1979 eine weitere Korrektur des Einkommensteuer- und Lohnsteuertarifs, die vor allem das Übel einer zu steilen Steuerprogression für die mittleren Einkommen beseitigen sollte. Regierung und SPD-FDP-Koalition lehnten diesen Vorschlag ab. Im Dezember 1979 forderte daraufhin der Kanzlerkandidat der Union, Franz Josef Strauß, ab 1981 weitergehende Steuerentlastungen einschließlich einer Kindergelderhöhung für alle Kinder in einer Größenordnung von 17 Mrd. DM. Im Februar 1980 brachte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion den Entwurf „eines Gesetzes zum Abbau der heimlichen Steuererhöhungen und zur Entlastung der Familien (Steuer- und Familienentlastungsgesetz 1981)“ ein. Kernpunkte: Korrektur des Einkommensteuer- und Lohnsteuertarifs durch Senkung der Steuerbelastung für untere Einkommen und Milderung der Steuerprogression besonders für mittlere Einkommen (Entlastungsvolumen 8 Mrd. DM), Erhöhung des Weh-



nachtsfreibetrages für Arbeitnehmer von 400 DM auf 600 DM, Wiedereinführung von Kinderfreibeträgen, die das steuerpflichtige Einkommen mindern, in Höhe von 300 DM je Kind und Elternteil, Verbesserung des Abzugs von Vorsorgeaufwendungen bei den Selbständigen.

**Die Regierung hinkte wie immer hinterher und brachte im April 1980 ein eigenes Steuerentlastungsgesetz 1981 ein, das inhaltlich zum Teil mit den Unionsvorschlägen übereinstimmte oder ihnen nahe kam, in anderen Punkten jedoch unannehmbar war. Da die Koalition im Bundestag keine Kompromißbereitschaft zeigte, mußten die Unionsländer wieder in einem Akt politischer Notwehr den Vermittlungsausschuß anrufen. Nach zähen Verhandlungen kam am 4. Juli 1980 im Vermittlungsausschuß ein Steuer- und Kindergeldkompromiß zustande, der dann auch von Bundestag und Bundesrat einstimmig gebilligt wurde. Der Kompromiß bringt folgende Verbesserungen:**

— Korrektur des Einkommensteuer- und Lohnsteuertarifs durch Milderung der Steuerprogression bei den unteren und mittleren Einkommen in Höhe von 6,1 Mrd. DM (ab 1981).

— Erhöhung des Weihnachtsfreibetrages für Arbeitnehmer von 400 DM auf 600 DM (ab Weihnachten 1980).

— Übernahme der Ertragsteuerwerte für Pensionsrückstellungen in die Einheitswerte der Betriebe zwecks Abbau der investitionshemmenden Vermögensteuerbelastung (ab 1981).

— Erhöhung der Sonderausgaben-Höchstbeträge für alle Lohn- und Einkommensteuerzahler von 2 100 DM/4 200 DM auf 2 340 DM/4 680 DM (ab 1982).

— Erhöhung des sogenannten Vorwegabzugs für Selbständige beim Abzug von Vorsorgeaufwendungen als Sonderausgaben von 2 500 DM/5 000 DM auf 3 000 DM/6 000 DM (ab 1982).

— Erhöhung des sogenannten Haushaltsfreibetrags für Alleinstehende mit Kindern von 3 000 DM auf 4 212 DM (ab 1982).

— Erhöhung des Kindergeldes für das zweite Kind um 20 DM und für dritte und weitere Kinder um 40 DM monatlich (ab 1. Februar 1981).

— Erhöhung des Wohngeldes unter Verstärkung der familienbezogenen Leistungen.

Steuerzahler und Familien werden durch diese Maßnahmen insgesamt um 14,3 Mrd. DM entlastet. Zusätzlich wurde eine bundeseinheitliche Regelung für die Anwendung des sogenannten Kinderbetreuungsbetrages vereinbart. Danach wird der Kinderbetreuungsbetrag (600 DM je Kind bis 18 Jahre, bei Eheleuten 1 200 DM) ab 1980 zur Hälfte ohne besonderen Nachweis gewährt. Den Finanzämtern brauchen also bis 300 DM je Kind, bei Eheleuten bis 600 DM je Kind, keine Belege über entstandene Betreuungskosten vorgelegt werden. Der Bundesfinanzminister hat für dieses Zugeständnis an die Union einen Steuerausfall von 2,1 Mrd. DM errechnet.



Die Union hat damit beim letzten Steuerpaket besonders folgendes erreicht:

● Verstärkter Abbau der heimlichen Steuererhöhungen um 6,1 Mrd. DM durch eine Korrektur des Einkommensteuer- und Lohnsteuertarifs. Die Regierung hatte nur eine Entlastung von 5,5 Mrd. DM vorgesehen. Durch die Erhöhung der Entlastungssumme um 600 Mio. DM konnte die Steuerprogression für untere und mittlere Einkommen noch weiter abgeflacht werden.

● Einbau einer familienbezogenen Entlastung durch Erhöhung des Kindergeldes ab zweites Kind. Die Regierung hatte keine Kindergelderhöhung geplant, sondern wollte statt dessen einen dubiosen „Kindergrundfreibetrag“ als Bestandteil des Steuertarifs einführen. Erst die Bereitschaft der Unionsländer, zusammen mit den anderen Ländern ein höheres Kindergeld zur Hälfte finanziell mitzutragen (1 Mrd. DM), machte schließlich den Weg für eine Kindergelderhöhung frei. Zugleich erwies sich hier, daß die Regierung auf familienpolitischem Gebiet handlungsunfähig ist.

● Verhinderung des „Kindergrundfreibetrages“, der als gleichmacherischer Steuerabzugsbetrag gegen den Grundsatz der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit verstoßen hätte und zudem nach übereinstimmender Ansicht aller Sachverständigen völlig unpraktikabel gewesen wäre. Die Union hat damit einen gleichen Systembruch verhindert, wie bei der „Steuerreform“, als die SPD/FDP-Koalition die Vorsorgeaufwendungen und den Arbeitnehmerfreibetrag nur noch mit 22 v. H. von der Steuer, statt wie bisher einkommensmindernd, absetzen wollten.

● Erhaltung des Kinderbetreuungsbetrages, den die Regierung streichen wollte, weil er ihr wegen seiner progressionsmindernden Wirkung ein Dorn im Auge ist. Darüber hinaus konnte der Regierungskoalition abgetrotzt werden, daß der Kinderbetreuungsbetrag bis zur Hälfte (300 DM, bei Verheirateten 600 DM) ohne Nachweis gewährt wird. Insoweit ist der Kinderbetreuungsbetrag praktisch zu einem echten Kinderfreibetrag ausgestaltet worden.

## Steuerpolitik der CDU/CSU in den kommenden Jahren

Nach Auffassung der Union müssen in den kommenden Jahren grundlegende Steuerentlastungen in Kraft treten. Dabei haben folgende Ziele Vorrang:

① Die vor allem im geltenden Einkommen- und Lohnsteuertarif begründete Automatik der heimlichen Steuererhöhungen muß durch eine Tarifkorrektur an „Haupt und Gliedern“ ausgeschaltet, zumindest gebremst werden. Wir brauchen einen Einkommensteuertarif, der eine durchgehende, gleichmäßige und sanft ansteigende Progression und einen niedrigen Eingangsteuersatz hat.

② Das Steuerrecht muß im Zusammenwirken mit der Kindergeldregelung wesentlich stärker als bisher für eine Förderung der Familien mit Kindern eingesetzt werden. Dazu ist die Wiedereinführung der Kinderfreibeträge erforderlich. Auch



für die Familien mit Kindern muß der Grundsatz „Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit“ gelten, der sonst im gesamten Steuerrecht selbstverständlich ist. Familien mit Kindern sind nicht so leistungsfähig wie Eheleute ohne Kinder. Man muß Gleiches mit Gleichem vergleichen, nicht Gleiches mit Ungleichem. Wer 3 000 DM im Monat verdient und zwei oder drei Kinder hat, der möchte nach der Gerechtigkeitsidee steuerlich nicht so belastet werden wie jemand, der keine Kinder hat und ebenfalls 3 000 DM verdient.

Der Familienlastenausgleich, auch der steuerliche, soll nicht eine Einkommensnivellierung herbeiführen. Es sollen vielmehr Familien mit Kindern entlastet werden im Vergleich zu denen, welche das gleiche Einkommen, aber keine Kinder haben. Es muß also der Grundsatz gelten: Familienpflicht vor Steuerpflicht!

③ Die steuerlichen Rahmenbedingungen für die Investitionstätigkeit der Wirtschaft müssen, insbesondere durch einen weiteren Abbau der ertragsunabhängigen Besteuerungselemente, verbessert werden. Der Wille zur Selbständigkeit muß durch den Abbau von steuerlichen Benachteiligungen gestärkt werden.

Steuerabbau und Schuldenabbau sind zu vereinbaren. Die notwendige Haushaltskonsolidierung darf nicht auf dem Rücken des Steuerzahlers betrieben werden.

**Es gilt das Verursacherprinzip. Die Bundesregierung hat durch eine falsche Ausgabenpolitik die Höhe der Staatsverschuldung herbeigeführt. Deshalb ist die Ausgabenpolitik zu korrigieren, also die Sonde in erster Linie bei den Ausgaben zu wachsen anzusetzen.**

Nur wenn es gelingt, durch Steuererleichterungen das volkswirtschaftliche Wachstum dauerhaft zu fördern, werden wir der abenteuerlichen Schuldenlast Herr werden können. Dauerhaftes Wachstum setzt aber voraus, daß die Leistungsbeurteilung erhalten bleibt und gefördert wird und daß Investitionsbremsen gelöst werden. Außerdem hat die Menschheit noch kein besseres Mittel erfunden, als über das Diktat der leeren Kassen den Staat zum Sparen zu bringen.

Andererseits bedeutet dies nicht, daß die Staatsverschuldung nicht auch mit Hilfe von Steuermehreinnahmen abgebaut werden darf. Dem realen Wirtschaftswachstum entsprechende Steuern stehen dem Staat uneingeschränkt zu. Heimliche, auf dem inflatorischen Nominalwachstum beruhende Steuermehreinnahmen gehören dagegen in die Taschen der Steuerzahler zurück. Das Wort „Steuersenkung“ darf für die Vorschläge der Union nicht verwendet werden. Es handelt sich allein um das Verhindern von automatischen, heimlichen Steuererhöhungen, welche durch das Zusammenwirken von Inflation und Progression entstehen.